den Streik entstandene Gesamtschaden beläuft sich auf mindestens 2 Millionen Mark. Wenn auch die aussperrenden und die in den Streik versetzten Firmen, denen viele Aufträge liegen geblieben, andere verloren gegangen sind, hieran mit ca. 1 Million beteiligt sind, so entfällt doch auf die Gehilfenschaft der gewaltige Verlust von 1 Million Mark. Rund eine halbe Million haben, wie die Gehilfen in ihren Organen selbst zugeben, die Streikunterstützungen beansprucht, die andere Hälfte kommt auf den Verdienstausfall, den ca. 4500 Arbeitslose während der Unterstützungsdauer zu erleiden hatten. Die nutzlose Vergeudung dieser Riesensumme hätten die Gehilfen durch die Errichtung einer Tarifgemeinschaft, analog dem Buchdruckertarif, die ihnen dank dem Entgegenkommen der Prinzipale genug Vorteile versprach, leicht vermeiden können.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Das österreichische Abgeordnetenhaus** hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

* **Zur Wahlreform.** In der gestrigen Sitzung des Wahlreformausschusses wurde der neue Kompromißvorschlag unterbreitet, durch den die bisherige Zahl der Mandate um 19 vermehrt bzw. die Gesamtzahl auf 516 erhöht wird. Von den neuen Mandaten sollen entfallen auf Böhmen 5 deutsche und 3 tschechische Mandate, auf Mähren 1 deutsches und 2 tschechische, auf Galizien 4 slawische, darunter 1 ruthenisches, auf Tirol 2 deutsche und 1 italienisches und auf Steiermark 1 deutsches Mandat. Der Kompromißantrag, nach dem die Zahl der Mandate für Böhmen auf 130 erhöht wird, und wovon 75 den Tschechen und 55 den Deutschen zufallen sollen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 19 Stimmen angenommen. Von parlamentarischer Seite wird mitgeteilt, daß nach den fortgesetzten Verständigungsversuchen doch wieder Aussicht vorhanden sei, die Schwierigkeiten in der Wahlreformfrage zu beseitigen, da man einsieht, daß es im höchsten Grade unverantwortlich wäre, wenn wegen einiger Mandate das ganze Wahlreformwerk scheitern müßte. Da alle deutschen Parteien auf der gleichen Forderung bestehen, und auch die deutschen Minister sich für die Erfüllung derselben einzusetzen gezwungen sind, so dürfte wohl kein anderer Ausweg übrig bleiben, als die Ansprüche der deutschen Parteien zu befriedigen. Man glaubt, daß im Falle der Verständigung der Wahlreformausschuß kommenden Montag seine Verhandlungen vor den Sommerferien beenden wird.

* **Ministerpräsident Frhr. v. Beck** beabsichtigte der „N. Fr. Pr." zufolge, bei den nächsten Neuwahlen für den Reichsrat in einem Wiener Bezirk zu kandidieren.

* **Die Tschechen und die deutsche Ausstellung in Reichenberg.** In einem Artikel der „Gartenlaube" wird erklärt, daß der Erfolg der Reichenberger Ausstellung durch das Zusammenwirken der beiden Böhmen bewohnenden Völker auf wirtschaftlichem Gebiete erzielt worden sei. Die tschechischen Blätter greifen diese auf ganz irrige Voraussetzungen aufgebaute Behauptung triumphierend auf, um sich mit deutschen Federn zu schmücken. Hierüber wird uns geschrieben: Als im Jahre 1891 in Prag die Landesausstellung von ganz Deutschböhmen nicht beschickt wurde und diese infolgedessen nur ein großer blau-rot-weißer Wurstelprater war, haben die Deutschen schon die Absicht kundgegeben, auf einer reindeutschen Ausstellung zu zeigen, was die deutsche Industrie im Gegensatz zu der tschechischen sei; aber durch die Ungunst der politischen Verhältnisse in Oesterreich konnte erst im Jahre 1901 zur Verwirklichung des Planes geschritten werden. Die Aufforderung zur Beschickung wurde nur an ausgesprochen deutsche Produzenten erlassen, und das nationale Prinzip wurde so streng gewahrt, daß bei dem Baue ausschließlich deutsche Arbeiter verwendet worden waren. Jetzt, wo die Ausstellung einen großartigen Erfolg des deutschen Volkes in Böhmen bildet und den Neid der nationalen Gegner herausfordert, wird behauptet, die Ausstellung sei nur durch gemeinsames Arbeiten beider Völker ermöglicht worden. Wenn es auf die Tschechen angekommen wäre, so hätte es niemals eine Ausstellung in Reichenberg gegeben, denn wo es ihnen möglich war, haben sie Hindernisse in den Weg gestellt, und auch die Behörden fanden anfangs dem Unternehmen nicht sonderlich wohlwollend gegenüber. Daß gerade die „Gartenlaube", die alle deutschen Bestrebungen sonst gefördert hat, sich so äußert, ist bedauerlich. Ein Blick in den Katalog der deutsch-böhmischen Ausstellung hätte dem Verfasser des Aufsatzes den Beweis erbracht, daß auch nicht eine Arbeit tschechischen Ursprunges ausgestellt ist, sondern daß die Ausstellung, wie ihr Name zeigt, eine rein deutsche ist.

Italien.

* **Eine Verbilligung der Bahnfahrt,** nicht eine Verteuerung wie in Deutschland, wird in Italien angestrebt. Unter Führung von Maggiorino Ferraris, der die Sache seit Jahren volkswirtschaftlich behandelt, hat sich ein Bund gebildet, der namentlich im Süden Anhänger zählt, der Material sammelt, das der Kammer sofort bei ihrem Zusammentritt als Unterlage für die Notwendigkeit unterbreitet werden soll, die langen Reisen zu verbilligen. Broschüren und Plakate und Flugschriften werden in Tausenden verteilt, die alle einen Einheitspreis für lange Touren fordern. Es herrscht nämlich ein himmelschreiender Unterschied in den Tarifen zwischen Nord und Süd, und es ist dem gewöhnlichen Bürgersmann nicht möglich, wenn er in Mailand wohnt, Kalabrien kennen zu lernen. Da fordert man nun, daß mit dem Mittelpunkt Rom ein Einheitssystem geschaffen wird, das den Normalpreis so herunterstellt, daß das Reisen ermöglicht wird. Eine Mehreinnahme durch stärkeren Verkehr würde ohnehin sicher sein. Man schlägt vor, als Einheitspreis in der ersten Klasse 45 Lire, in der zweiten 30 und in der dritten 18 Lire zu normieren.

England.

* **König Eduard von England** wird der an ihn ergangenen Einladung des kanadischen Parlaments zu einem Besuche in Kanada nicht Folge leisten. Einmal würden, so heißt es in dem Antworttelegramm, wenn der König dieser Einladung entspräche, auch alle anderen dem britischen Reiche angegliederten Staaten auf die gleiche Auszeichnung Anspruch haben; außerdem aber gebiete dem König die Rücksicht auf die gegenwärtige Lage, seinen Aufenthalt so zu nehmen, daß er bei wichtigen Anlässen leicht erreichbar sei. In der Tat steht England gerade jetzt vor einer Reihe wichtiger Entscheidungen, und zwar sowohl in der inneren wie in der auswärtigen Politik. Die Flottenfrage, die Heeresreform, das Schutzgesetz auf der einen, die Natalkrisis, die zanzibarische Angelegenheit, das Verhältnis zu Rußland auf der anderen Seite beschäftigen gegenwärtig die politischen Kreise Englands auf das lebhafteste und lassen eine längere Abwesenheit des Königs nicht wohl angezeigt erscheinen.

* **Das Parlament** wird in diesem Jahre eine Herbstsession abhalten. Das Unterhaus geht sofort nach Annahme des Unterrichtsgesetzes in dritter Lesung, also wahrscheinlich am 30. Juli, in die Ferien. Das Haus der Lords wird das Gesetz in der Zeit vom 31. Juli bis 3. August beraten. Die Herbstsession wird am 23. Oktober eröffnet werden.

* **Ball beim deutschen Botschafter.** Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich veranstaltete vorgestern abend zu Ehren des Herzogs und der Herzogin von Sparta ein Diner, an das sich eine Ballfestlichkeit anschloß. Unter den Gästen befanden sich Prinz und Prinzessin von Wales, Prinzessin Luise von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, fast sämtliche Botschafter und Minister mit ihren Damen, Prinz und Prinzessin Alexander v. Teck, mehrere andere Mitglieder des hohen englischen Adels, der Botschafter Sir Frank Lascelles, Sir Charles Hardinge, die Unterstaatssekretäre Lord Fitzmaurice Winston Churchill und Lord Lonsdale.

* **Interparlamentarische Konferenz.** Der „Voss. Ztg." zufolge hatten sich bis gestern über 600 Abgeordnete aus 26 Ländern zur Teilnahme an der interparlamentarischen Konferenz in London angemeldet.

* **Drastische Maßregeln gegen das frühe Rauchen der Knaben** empfiehlt ein Ausschuß des Oberhauses, der zu diesem Zweck eingesetzt war. Der Graf Beauchamp, der Bischof von Ripon, Lord Hereage und Lord Balduin sind die Herren, die folgende Vorschläge machen: 1) Wer Kindern unter 16 Jahren Zigaretten verkauft, wird im Erstfalle mit 40 ℳ, bei Wiederholung bis zu 100 ℳ bestraft. 2) Sie dürfen auch nicht zu Holen des Tabaks verwandt werden, ganz gleich, ob Kinder oder Dienstmädchen. 3) Kinder unter 16 Jahren, die im Besitz von Zigaretten gefunden werden, haben bis 40 ℳ zu entrichten, eventuell sind sie ins Besserungshaus abzuliefern. 4) Unter dem Wort Zigarette ist aller Tabak mit einbegriffen. Das Rauchen der jungen Kinder, auch der zehnjährigen, ist in den Westländern in der Tat sehr ausgeartet. In Frankreich und Belgien kommen in den Großstädten Knirpse mit Zigaretten an Erwachsene täglich heran und bitten um Feuer.

Rußland.

* **Auflösung! — keine Auflösung —,** so wechseln die aus Rußland kommenden Meldungen Tag für Tag! Heute bringt die Wiener „Allgem. Corresp." wieder einmal folgende Nachrichten aus Petersburg: In den Kreisen der Reichsduma verlautet heute mit Bestimmtheit, daß die Auflösung der Duma unmittelbar bevorstehe, und seitens der Regierung bereits alle Vorbereitungen getroffen worden seien, für den Fall, als die revolutionäre Bewegung infolge der Auflösung größere Dimensionen annehmen sollte. Der Zar habe sich infolge der reaktionären Einflüsse am Hofe bestimmen lassen, alle liberalen Projekte wieder aufzugeben, und eine reaktionäre Regierung mit einem General an der Spitze einzusetzen.

* **Die Meldung der „Rossija"** über eine fremde Intervention ist, wie der Wiener „Allgem. Corresp." gemeldet wird, vom Minister des Aeußern von Iswolsky als „eine durchaus willkürliche Kombination" bezeichnet worden. Weder habe die russische Regierung jemals einen solchen Gedanken gefaßt, noch haben Oesterreich-Ungarn und Deutschland diesbezügliche Vorschläge gemacht, und es sei selbstverständlich, daß die genannten Mächte kein Interesse haben, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu mischen. Es sei auch nicht richtig, daß irgendwelche diesbezügliche Vereinbarungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit oder ohne Wissen Rußlands getroffen worden seien.

* **Der Kaukasus,** insbesondere das Gouvernement Kutais, steht vor neuen ernsten Unruhen. Aus Tiflis wird der „Information" unterm 14. Juli hierüber geschrieben: Georgien ist von jeher eine Brutstätte der revolutionären Bewegung gewesen, die durch die traditionelle Anhänglichkeit der Grusiner an ihre alte, eigene, wenn auch erloschene Dynastie stets von neuem Nahrung erhält. Auch jetzt benutzen die Grusiner wiederum die günstige Gelegenheit, die sich ihnen in den russischen Wirren bietet, das verhaßte Joch des weißen Zaren abzuschütteln, und sie werden dabei aufs eifrigste von ihrer Geistlichkeit unterstützt. Die russische Regierung ist bereits vollständig machtlos geworden und ihre Anordnungen werden geflissentlich unbefolgt gelassen. Die Bauern werden von Bewaffneten gezwungen, ihre Arbeit niederzulegen, die Bahnen werden aufgebahnt, und die Bahnkörper sind zum Teil unbefahrbar gemacht worden. Unter diesen Gewaltakten der Aufständischen wird auch die deutsche Industrie zu leiden haben, der durch den unsicheren Bahnverkehr die Zufuhr von in der dortigen Gegend gewonnenen Manganerzen abgeschnitten wird. Ueberfälle, die nicht selten Menschenopfer kosten, und Brandschatzungen werden tagtäglich gemeldet. Neben den bereits erwähnten Ursachen trägt, und zwar in nicht geringem Maße, auch das Regiment des jetzigen Gouverneurs, des Grafen Woronzow-Daschkow die Schuld an der Erregung der Grusiner. Eine sofortige Abberufung des Grafen von seinem Posten würde manches wieder gutmachen können. Doch daran ist nicht zu denken. Der Graf, ein früherer Minister des kaiserlichen Hofes, hofft noch heute in einer ganz unverständlichen Verblendung seine Absichten realisieren zu können, und in Petersburg scheint man seine Hoffnungen zu teilen. Aber trotz seiner Truppenmacht haben seine Befehle heute keine Kraft mehr, und Rußland geht in diesem Teile seines Landes einer Revolution entgegen, die diejenige im Dezember und Januar an Heftigkeit und Nachhaltigkeit bei weitem übertreffen wird.

Serbien.

* **Ein Ministerpräsident im Gefängnis.** Der in Belgrad zu siebenmonatiger Gefängnisstrafe inhaftierte einstige serbische Ministerpräsident Dr. Wladan Georgewitsch hat sich entschieden geweigert, ein Begnadigungsgesuch für den Rest seiner Haft, die noch 3 Monate dauert, zu unterfertigen, obwohl ihm dieser Schritt nahegelegt wurde. Dr. Georgewitsch, der bekanntlich wegen Veröffentlichung geheimer Aktenstücke der Regierung in seinem Werke über das Ende der Dynastie Obrenowitsch verurteilt wurde, betrachtet den Schuldspruch der serbischen Gerichte als einen groben Justizirrtum und weigert sich, die Gnade König Peters anzusprechen. Der frühere Ministerpräsident, wohl einer der besten Kenner der jüngsten, modernen Geschichte Serbiens, äußerte sich einem Besucher gegenüber, der vor kurzem den Häftling in der Belgrader Präfektur besuchte, sehr bitter über die kleinlichen, elenden Quälereien, welche an ihm während der Abbüßung der Strafe verübt werden. So beklagt er vornehmlich die systematische Entziehung des Wassers zu Reinlichkeits- und hygienischen Zwecken, welches bei der in Belgrad herrschenden Hitze geradezu zur Qual wird. Dr Georgewitsch wird nach seiner Freilassung ein neues Werk über Serbien seit dem Königsmorde erscheinen lassen.

Aegypten.

* **Die Meldungen über Störungen der Ruhe in Aegypten** sind nach einer Depesche des Reuterschen Bureaus aus Alexandria übertrieben. Lediglich in El Fayum ist ein Zusammenstoß zwischen Kopten und Mohammedanern von geringfügiger Bedeutung vorgekommen.

Reise-Abonnement!

Diejenigen unserer verehrten Abonnenten, welchen daran liegt, das Leipziger Tageblatt auch

In die Sommerfrische, in's Bad etc.

pünktlich zu erhalten, gestatten wir uns auf unser Reiseabonnement aufmerksam zu machen, welches prompte Zustellung unseres Blattes auf dem billigsten Wege gewährleistet. Die Zusendung geschieht teils durch Postüberweisung (nur innerhalb Deutschlands und Oesterr.-Ungarns), teils durch Kreuzband. Die Gebühren betragen exkl. Abonnement für erstere pro Monat 50 ₰, bei Zustellung frei Haus 75 ₰ (jeder angefangene Monat ist laut der postalischen Bestimmungen voll zu zahlen), für Kreuzbandsendung pro Woche ℳ 1.—, Ausland ℳ 1.50, und sind tunlichst pränumerando zu entrichten.

5 Tage vor der Abreise

bitten wir die Nachsendung zu beantragen. Bei einer späteren Bestellung können wir nicht für rechtzeitiges Eintreffen des Blattes garantieren.

Bezieher, welche das Leipziger Tageblatt direkt bei der Post bestellt haben, wollen gefl. daselbst die Umbestellung veranlassen, die Gebühr beträgt 50 ₰.

Um jede Verzögerung in der Zustellung des Blattes zu vermeiden, bitten wir um recht deutliche Angaben.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Feuilleton.

Heinrich Theodor von Schön.

Von Paul Seliger (Leipzig).

Als der Freiherr vom Stein am 30. September 1807 bei Friedrich Wilhelm III. in Memel eintraf, um die Leitung der Staatsgeschäfte wieder zu übernehmen, befand sich von dem gesamten Gebiete der Monarchie augenblicklich allein Ostpreußen im Besitze des Königs. Es war daher natürlich, daß die besonderen Verhältnisse des alten Ordenslandes auf die Neuordnung der Dinge einen bestimmenden Einfluß ausübten. Dazu kam noch, daß Stein in den an der Königsberger Universität unter dem stählenden Einflusse der Kantschen Philosophie herangebildeten Beamten ihm geistesverwandte Mitarbeiter fand, die, ebenso sehr allgemeinen Ideen zugänglich wie für ihren besonderen Beruf gut vorbereitet, sich dabei einen hohen Unabhängigkeitssinn bewahrt hatten, der sich politisch in dem Maße der eigenen Meinung und dem Urteilen noch lediglich sachlichen Gesichtspunkten betätigte.

Zu den hervorragendsten Mitgliedern dieses Beamtentums gehörte Theodor von Schön. 1773 geboren und ebenfalls im Bannkreise der Kantschen Pflichtlehre aufgewachsen, war er schon im Alter von 34 Jahren zum Mitgliede jener Immediatkommission ernannt worden, die nach Hardenbergs Rücktritt die Geschäfte vorläufig bis zu Steins Ankunft weiterführen sollte. „Uebersprudelnd lebhaft, begeistert für alles Gute und Schöne, vaterlandsliebend und opferfreudig", wie Prutz ihn charakterisiert, neigte er dabei doch stark zum Doktrinarismus — der höchste Lebenszweck eines Menschen bestand nach ihm in der Verwirklichung bestimmter Ideen —, was den praktischen Erfolg seines von den lautersten Motiven geleiteten Wirkens mitunter in sehr empfindlicher Weise beeinträchtigte.

Die erste große Maßregel, mit der sich die Immediatkommission beschäftigte, war die Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern, die von der preußischen Regierung schon seit 1798 ins Auge gefaßt, aber im Drange der Zeit noch nicht durchgeführt worden war. Jetzt endlich, nach dem Frieden von Tilsit, wurde die Angelegenheit wieder in Angriff genommen, und am 9. Oktober 1807 erschien das hauptsächlich nach Schöns Ideen ausgearbeitete „Edikt, den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums, sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend, durch das friedlich eine großartige Reform ins Leben trat, da zwei Drittteile der Gesamtbevölkerung Preußens erst jetzt aller persönlicher Freiheit teilhaftig wurden. Denn vom Martinstag 1810 an durfte der Gutsherr den Bauern weder zur Uebernahme einer Stelle nötigen oder an der Auswanderung hindern, noch seine Kinder zwingen, auf dem Gute als Knechte und Mägde zu dienen. Damit wurde die dem Staate zur Verfügung stehende Kraft verdreifacht."

Was das Edikt vom 9. Oktober 1807 für die ländliche Bevölkerung, das wurde in einem noch höheren Sinn für die städtische die Städteordnung vom 19. November 1808. Auch sie ist aus Anregungen hervorgegangen, die in Ostpreußen schon vor Steins Ankunft zutage getreten waren, und auch an ihrem Zustandekommen hatte Schön bedeutenden Anteil.

Am 24. November erhielt Stein seine zweite Entlassung aus dem preußischen Dienste. Schön verfaßte in seinem Auftrage eine Denkschrift über die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben der preußischen Politik, die damals das Geheimnis eines kleinen Kreises blieb, bis sie 1817 bekannt gegeben und von Schön 1840 Friedrich Wilhelm IV. bei der Thronbesteigung als „Politisches Testament Steins" überreicht wurde.

Nach einem Rückblick auf die segensreichen Folgen der schon durchgeführten Reformen stellt Schön darin noch die Forderungen der Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und der Patrimonialgerichtsbarkeit, der Neuordnung des Gesindewesens und der Einführung einer Nationalrepräsentation. Erst wenn diese erfolgt seien, sei die Möglichkeit für das Heranwachsen eines physisch und moralisch kräftigen Geschlechts und damit die Bürgschaft für eine bessere Zukunft gegeben.

Seinen politischen Idealen blieb Schön auch in der Folge treu. 1816 zum Oberpräsidenten von Westpreußen ernannt und 1824 in die Spitze der ganzen bis 1877 ungeteilt gebliebenen Provinz Preußen gestellt, verwaltete er sein Amt auf das musterhafteste und wandte namentlich dem Volksschulwesen und den Wegebauten seine besondere Aufmerksamkeit zu, während er zugleich unter den höheren Beamten der Vorkämpfer für die liberalen Forderungen, besonders für Preßfreiheit und Verfassung war. Als daher 1840 Friedrich Wilhelm IV. zur Huldigung nach Königsberg kam, befürwortete Schön in der bei dieser Gelegenheit anberaumten Sitzung der Provinzialstände einen Antrag auf Verleihung einer den königlichen Verordnungen vom 22. Mai 1815 und vom 1. Juli 1823 entsprechenden reichsständischen Verfassung und unterstützte diese Forderung durch seine 1841 erschienene Flugschrift: „Woher und wohin?", an deren Schlusse es heißt: „Die Zeit der sogenannten väterlichen oder patriarchalischen Regierung, für welche das Volk aus einer Masse Unmündiger bestehen und sich beliebig leiten und führen lassen soll, läßt sich nicht zurückführen. Wer die Zeit nicht nimmt, wie sie ist, das Gute daraus ergreift und es in seiner Entwickelung fördert, den straft die Zeit." Er mußte jedoch bald einsehen, daß seine Absichten zu wenig mit denen der leitenden Kreise übereinstimmten, und nahm daher 1842 seinen Abschied; von da an widmete er sich der Bewirtschaftung seines Gutes Arnau bei Königsberg, wo er am 23. Juli 1856 starb.

Obgleich Schön durch seinen oben charakterisierten Doktrinarismus, der ihm das Gewinnen eines unbefangenen Urteils über die tatsächlichen Verhältnisse sehr erschwerte, an der vollen Entfaltung seiner hervorragenden staatsmännischen Fähigkeiten gehindert wurde, so wird man dem neuerdings mehrfach geringschätzig beurteilten Manne den Ruhm nicht schmälern können, in schwerer Zeit ein mutvoller Verfechters großer Gedanken, eine Säule des preußischen Staates und zugleich sein ganzes Leben hindurch ein Vertreter jenes philosophisch geschulten, pflicht- und überzeugungstreuen Beamtentums gewesen zu sein, das einst den größten Ruhm Preußens bildete, für das heutzutage aber der Boden schon seit langem fehlt.

*

* **Das „Repertoire" des Bühnenkünstlers.** Man liest in der „Schaubühne": „Nicht nur jedes Theater, sondern jeder Bühnenkünstler hat ein „Repertoire" — so nennt man das Verzeichnis der von ihm gespielten Rollen, das schon die Theateragentur bei der Offerte mit Bild und Auskünften dem Theaterdirektor einreicht und das nach Abschluß des Engagements „als Bestandteil des Vertrages", wie es in dem von beiden Teilen unterschriebenen Formular heißt, zu den Akten genommen wird. Als solcher Bestandteil des Vertrages schließt das Dokument mancherlei Verpflichtungen für den Darsteller in sich. Er muß jede darauf verzeichnete Rolle spielen und, wenn es nötig, in kürzester, kontraktlich bestimmter Zeit spielen. Er muß dem Theaterdirektor die Auswahl der Gast- und Antrittsrollen, die im Fachgebiet liegen, überlassen, die entsprechende moderne Garderobe und für das klassische Repertoire Schuhwerk und Trikots besitzen usw. Auch ebenso, wie er auch jede andere einschlägige Rolle aus diesem Fachkreise übernehmen muß, muß ihm der Theaterleiter in diesem Rollengebiet beschäftigen. Das Repertoire enthält die maßgebenden Anhaltspunkte für die Beschäftigung des Darstellers und für alle sich darüber erhebenden Streitigkeiten, die die Mehrzahl der Konflikte aus dem Engagementsverhältnis bilden, und gibt zu mannigfachen, vom praktischen wie vom juristischen Standpunkt interessanten Kontroversen Veranlassung. Die häufigste ergibt sich aus dem Fall, daß ein ehrgeiziger Darsteller Rollen, die er noch nicht gespielt hat, aufs Repertoire setzt, um auf diese Weise die Möglichkeit zu erhöhen, daß sie ihm einmal zugewiesen werde. Meines Erachtens kann darin keine Täuschung des Direktors erblickt werden, der sich ohnedies vorher irgendwie über die Qualifikation des Künstlers für das seiner harrende Rollengebiet zu vergewissern sucht. Diese Repertoirefrage ist übrigens, bei der Spezialisierung des Spielplans, in den großstädtischen Theaterbetrieben längst nicht mehr im gleichen Maße aktuell wie früher. In der Provinz aber, in der überhaupt die Tradition in theatralibus ein sehr zähes Leben führt und in der auch der Umfang der ganz unkünstlerischen „Fach"-Bezeichnung noch lustig weiterblüht, wird auch dem Repertoire des Darstellers noch dieselbe Bedeutung beigemessen wie ehedem."

* **Statistik der Blinddarmentzündungen.** In der letzten Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft stand die Blinddarmentzündung auf der Tagesordnung. Es sprachen die Leiter der zweiten medizinischen Universitätsklinik, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Kraus, der Leiter der Kinderklinik der Universität, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Heubner, und der Leiter des pathologischen Instituts der Universität, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Orth. Als das wesentlichste Ergebnis der bisherigen Beratungen ist zu verzeichnen, daß bei sich dem Arzte darbietende mehr oder weniger schwere Krankheitsbild keinen Schluß auf die Schwere der Veränderungen am Blinddarm und seiner Umgebung zuläßt, und daß demgemäß der Arzt nur in einer begrenzten Zahl von Fällen von vornherein feststellen kann, ob eine Operation zur Erhaltung des Lebens unbedingt nötig ist. Soweit statistische Erhebungen vorliegen, erscheint es aber als feststehend, daß im allgemeinen eine Operation die sicherste Gewähr auf Heilung bietet. Da es keine ausreichende Statistik gibt, so regte Kraus an, in der staatlichen Statistik die Blinddarmentzündung in ausreichender Weise zu berücksichtigen.

* **Die deutsche Pompadour.** Unter dem etwas protzigen Titel „A German Pompadour" hat die englische Schriftstellerin Marie Hay bei Archibald Constable & Co. in London ein Buch erscheinen lassen. Die „deutsche Pompadour" ist Wilhelmine von Grävenitz, „Landhofmeisterin" von Württemberg. Diese Frau war die Geliebte des Herzogs Eberhard Ludwig von Württemberg (um 1730). Die junge Wilhelmine war eine sehr hübsche, sehr romantische und sehr abenteuerlustige kleine Mecklenburgerin. Als ganz junges Mädchen entfloh sie mit Herrn Gabriel, ihrem Musiklehrer aus dem väterlichen Schlosse. Ihr Weg führte sie nach Stuttgart und sie hatte die Ehre, vor dem Hofe in La Fontaines Komödie „La Coupe enchantée" zu spielen. Herzog Eberhard beschloß, ihr noch am selben Abend seine Liebe zu erklären. Er forderte das junge Mädchen auf, mit ihm „beim Scheine des Mondes zu promenieren". Sie spielte als gewitzte Abenteurerin, die sie war, dem verliebten Fürsten gegenüber die Kokette. Als er die Geliebte verließ, sagte er nur: „Auf Wiedersehen, Philomele!" Und Wilhelmine wurde kühner und antwortete: „Auf Wiedersehen, mein Vater!" Eines Tages hatte sich Wilhelmine mit kluger Absicht im Walde verirrt und sang in ihrer Not eine damals sehr beliebte Arie von Lully, in welcher ein Verliebter sein Liebchen also anschmachtet:

„Dichter Wald, mehr' ob der Sonne Schein,
Für mich kannst niemals zu dunkel sein.
Ich fühle im Herzen Verzweiflung und Schmerzen,
Weil ich nicht mehr sehe mein Liebchen, o wehe!"

Plötzlich tauchte der Herzog auf. Neues Liebesgeplänkel, dem Umarmungen, Küsse folgten. Eberhard Ludwig ernannte Wilhelmine zur Ehrendame der Herzogin. Wegen der schönen Augen des Fräuleins von Grävenitz verließ er ruhig sein Heer, das gegen den Marschall von Villars kämpfte. Nach dem Rückzuge des Marschalls richtete die Mutter des Herzogs an ihren Sohn den nachstehenden Brief: „Mein Sohn! Wie ich das Land von der französischen Geißel befreit habe, erwarte ich, daß Sie das Land von der Geißel und Plage Ihrer Sünde befreien werden. Kehren Sie nach Stuttgart zurück und tun Sie Ihre Pflicht als Gatte, als Vater, als Sohn und als christlicher Fürst. Sie werden Ihrer Mutter den Frieden wiedergeben. Magdalene Sybille, Prinzessin von Hessen-Darmstadt, Herzogin-Witwe von Württemberg." Diese Grävenitz ist eine — ! Ich könnte Beweise haben, wenn ich sie geben wollte; ich bitte Sie, mir zu glauben, daß sie Ihrer Gunst nicht verdient!" Herzog Eberhard wollte aber nicht Vernunft annehmen und heiratete die junge Wilhelmine morganatisch. Er heiratete sie sogar zweimal und machte sie zur wirklichen Herrin von Württemberg. Schließlich aber jagte er sie davon und das ist das Ende der schönen Wilhelmine und des schönen Buches.

* **Sarah Bernhardt und die Ehrenlegion.** Dem „B. T." wird aus Paris telegraphiert: Der Ordensrat der Ehrenlegion hat beschlossen, das vom Unterrichtsminister Briand für Sarah Bernhardt gewünschte Ritterkreuz nicht zu gewähren. Dieser Beschluß verursacht lebhafte Proteste. Die Verehrer Sarahs waren schon entrüstet, als im vorigen Jahre Julia Bartet, genannt „Die Göttliche", das Kreuz der Ehrenlegion erhielt, bevor Sarah Bernhardt dekoriert worden war. Der Ordensrat verweigert jedoch grundsätzlich allen Schauspielern die Ehrenlegion, macht aber Ausnahmen für diejenigen, die zugleich Staatsbeamte, nämlich Mitglieder der subventionierten Theater oder Lehrer am Konservatorium sind. Briand will nun diesen bureaukratischen Standpunkt nicht gelten lassen. Einige Blätter raten ihm, Sarah Bernhardt einfach zum Professor des Konservatoriums zu ernennen. Der Ordensrat verweigerte übrigens auch für den Montmartresänger Xavier Privas das gewünschte Kreuz.

* **Kleine Chronik.** Im Verlag des photographischen Ateliers von Georg Brokesch in Leipzig ist eine Mappe „Physiognomisch-mimische Studien" erschienen; sie zeigt Herrn August Prost, Mitglied des Leipziger Stadttheaters und Lehrer am Konservatorium. — Wie uns Herr Karl Gjellerup in Dresden mitteilt, erscheint sein Drama „Der Pilger Kamanita" als Buch im September bei der literarischen Anstalt Rütten und Loening in Frankfurt a. M., gleichzeitig erscheint eine dänische Ausgabe, bald danach eine englische Uebersetzung. Eine größere Episode wird zuerst im Feuilleton der „Tägliche Rundschau" veröffentlicht werden unter dem Titel „Auf dem Wege zum Paradies." — Der Senat der Universität Jena hat beschlossen, die durch den Rücktritt des Professors Naumann zur Erledigung kommende Stelle des akademischen Musikdirektors dem Direktor der großherzoglichen Musikschule in Weimar, Professor Degner anzubieten. — In Berlin ist der Prähistoriker Regierungsrat Dr. med. Albert Voß, Direktor der vorgeschichtlichen Abteilung des Königlichen Museums für Völkerkunde, nach längerem Leiden gestorben. — Der Oberbürgermeister von Mannheim sprach dem am 31. August aus seiner Stellung scheidenden Hoftheaterintendanten Julius Hofmann in einem besonderen Schreiben seine Schätzung und Anerkennung für die verdienstvolle Tüchtigkeit Hofmanns in seiner zweijährigen Leitung des Mannheimer Theaters aus. — Der Gedenkfeier des hundertjährigen Geburtstages des Sprach- und Geschichtsforschers Zeuß in Bamberg wohnten bei der bayerische Kultusminister Wehner, Erzbischof Abert-Bamberg, Beiräte bayerischer und deutscher Universitäten und Vertreter der Geschichtsvereine. Universitätsprofessor Cuno Mezer aus Liverpool sprach in seiner Festrede über Zeuß als Sprachforscher, als um die Geschichte der keltischen Volksstämme hochverdientesten Historiker und Schöpfer der keltischen Philologie, dessen „Grammatica Keltica" nach berechtigt gewürdigt worden sei. Mittags begaben sich die Festteilnehmer nach Vogtendorf bei Kronach, dem Geburtsorte von Zeuß. — Isadora Duncan scheint nicht mehr nach Berlin zurückkehren zu wollen. Sie hat sich in dem kleinen Badeort Noordwyk bei Leyden ein Häuschen gekauft. — Nach den „Gaulois" wurden im Jahre 1905/06 in Frankreich 1025 Bände „erwähnenswerter Neuheiten" auf den Büchermarkt gebracht. Davon sind 206 Romane, 282 kritische, 151 historische Werke, 81 Bände Gedichte, 315 verschiedene Werke. Im November erschien das Maximum, 105 Bücher, im Oktober das Minimum, 72 Bücher. — Am 21., 22. und 23. Juli finden in Saint-Brieuc, in der Bretagne, große historische und panketische Feste statt, die in Frankreich sowohl wie in England einen großen Widerhall finden. Den Festen werden zahlreiche Einwohner von Wales — Englands Bretonen — beiwohnen. Am 22. Juli wird sich durch die eigenartig dekorierten Straßen ein imposanter Festzug bewegen und die großen Phasen der Geschichte von Saint-Brieuc, das im 6. Jahrhundert von einer keltischen Kolonie gegründet wurde, wachrufen. Die jungen Mädchen der Stadt haben eine Königin und vier Ehrendamen gewählt, die auf einem prächtigen Wagen Platz nehmen und die Trachten tragen werden, die die Königin Anna und ihre Damen trugen, als sie 1499 nach Saint-Brieuc kamen. Der 23. Juli ist für den keltischen Teil der Feste reserviert. Im Park der Präfektur wird ein von groß gigantischen Menhirs (Steinsäulen) umgebener Dolmen (keltisches Denkmal) aus Granit sich erheben. Vor diesem Kromlech (Steinkreis) werden die keltischen und bretonischen Barden und Druiden die rituellen und symbolischen Zeremonien des Gorsedd (Versammlung) vornehmen. Feierliche Sitzungen dieser Art finden seit mehr als zwanzig Jahrhunderten alljährlich in der Gegend von Cardiff statt. Diesmal werden sie zum erstenmal öffentlich in Frankreich stattfinden.